



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wentzcke, Paul: Deutsche Flurbereinigung : Geschichtliche Erinnerungen -  
politische Mahnungen. 2 . Unsere elsäß-lothringische Frage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

tretenen Schichten des mittleren Bürgertums Abbruch tun wird, steht fest. Dem wird durch Änderung der Wahlkreiseinteilung oder durch Einführung der Verhältniswahlen entgegengearbeitet werden müssen. Ebenso wird Vorkehrung dafür zu treffen sein, daß durch eine entsprechende Ausgestaltung des Herrenhauses und durch Vermehrung seiner Befugnisse Schäden, die für den Staat aus vorübergehenden Mehrheiten geschaffen werden, von vornherein beschworen werden.

Die Partei hatte stets als die Grundlage ihres Wirkens betrachtet, die Zeichen der Zeit zu beobachten. Lehnt die Fraktion des Abgeordnetenhauses auch nur in einer starken Minderheit das gleiche Wahlrecht ab, und kann man ihr gar mit einem Anschein von Recht die Verantwortung dafür aufbürden, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen zu Fall gekommen ist, so werden die Folgen für die Partei, sowohl in Preußen wie im Reiche, unabsehbar sein, und es steht zu befürchten, daß sie bei den kommenden Wahlen zerrieben wird.

Der bisherige Führer der Fraktion hat als stellvertretender Minister selbst bekannt, daß er bisher ein Gegner des gleichen Wahlrechts gewesen sei. Wenn ein Mann von der staatsmännischen Kunst und Erfahrung wie er offen bekennet, daß die genauere Kenntnis der Verhältnisse ihn davon überzeugt habe, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts eine Staatsnotwendigkeit sei, so sollte das jedem, ohne Rücksicht auf seine persönlichen Interessen, einen Fingerzeig geben, daß die Frage in ihrer Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann, und daß sie für die Fortentwicklung des Staates sowohl wie für unsere Partei von grundlegender Bedeutung ist.



## Deutsche Flurbereinigung

Geschichtliche Erinnerungen — politische Mahnungen

Von Dr. Paul Wenzke

### 2. Unsere elsass-lothringische Frage



ibt es für uns überhaupt eine elsass-lothringische Frage? — Mit diesem Zweifel möchten weite Kreise vor allem Norddeutschlands gar zu gern aller Verantwortung und aller Opfer enthoben sein, die die Auseinandersetzung über die staatsrechtliche Zukunft des Reichslandes vom Reich und von den Bundesstaaten fordert.

Gewiß: eine internationale elsass-lothringische Frage gibt es nicht mehr, seit im Frankfurter Frieden der „historische Prozeß“ um die Zugehörigkeit der beiden Grenzländer zugunsten Deutschlands entschieden wurde. Auch auf den künftigen Friedenskonferenzen darf sie nicht vorgebracht werden, um dem geschlagenen Frankreich „die Voslösung vom Feinde zu erleichtern“. Aber um so offener dürfen und müssen wir es uns selbst eingestehen, daß die nationale Not im heutigen Reichsland ein Problem ernstester Art bietet. Ein Problem, das unsere Machtstellung und unsere Sicherheit im Westen bedroht und das wertvolle Kräfte unseres Volkstums zur wirtschaftlichen und sozialen Unfruchtbarkeit verdammt.

Wie all diese bösen Zustände eingegriffen sind, darüber ist in letzter Zeit bereits oft genug gesprochen worden und es steht zu hoffen, daß auch die Kreise, die bislang gleichgültig oder nur parteipolitisch interessiert zusahen, endlich zur Wahrschau aufgerufen werden. Richtlinien zur Lösung aber fehlen gemeinhin. Und nicht nur Rücksichten der Zensur versperren die Aussicht: Giftpflanzen und

Gestrüpp mancherlei Art haben in den letzten fünf Jahrzehnten den Weg überwuchert, der Reich und Reichsland mit dem Ausbau unserer nationalen Selbstständigkeit zusammenführen sollte. Wie die „thüringische Einigungsfrage“ ist auch unsere „elsaß-lothringische Frage“ aufs engste verknüpft mit der Entwicklung der deutschen Einheitsbewegung. Wie sie tritt das Problem des „Reichslandes“ in den großen staats- und verfassungsrechtlichen Krisen, die das deutsche Volk im neunzehnten Jahrhundert durchzumachen hatte, in schärfste Beleuchtung. Der Druck von außen, von Frankreich, her, der 1815 und 1870 im Kern Mitteleuropas neue Staatenbildungen schafft, treibt auch die elsaß-lothringische Frage stets aufs neue in den Mittelpunkt der Erörterung.

In den Monaten zwischen der Leipziger Schlacht und dem Siegestage von Belle-Alliance erhob sich das deutsche Einheitsstreben zum ersten Male zu selbständiger politischer Bedeutung. Und gleichzeitig wandelte sich das unklare Sehnen des deutschen Volkes nach Wiedererlangung der verlorenen Gebiete am Oberrhein zu bestimmten, fest umrissenen Vorschlägen. In den drei Stichworten vom Bufferstaat, von Angliederung an die benachbarten Einzelstaaten und endlich vom Reichsland lassen sich unschwer alle die vielfältigen Entwürfe und Ideenverbindungen zusammenfassen, die in der nationalen Bewegung der letzten hundert Jahre das Schicksal Elsaß und Deutsch-Lothringens bestimmen wollen.

Der anfangs viel beachtete Gedanke, aus Elsaß-Lothringen einen neuen Bufferstaat zu machen, verlor jede Berechtigung, als Preußen seine Grenzen machtvoll in das Depressionsgebiet zwischen den Niederlanden (Belgien) und der Schweiz vorschob. Einleuchtender und zweckmäßiger schien in den Verhandlungen, die dem zweiten Frieden von Paris (1815) vorausgingen, die Teilung zum wenigsten des Elsaß unter die Dynastien von Bayern, Württemberg und Baden. Insbesondere die Wittelsbacher erhofften in einer durchgreifenden Flurbereinigung am Oberrhein die Verbindung zwischen Franken und der Rheinpfalz zu erlangen. Nur so konnte ja in der Tat das linksrheinische Bayern in Verwaltung und Wirtschaft fest und sicher dem Stammland angegliedert werden, so lange Zollgrenzen und Durchfuhrverbote den deutschen Staatenverein durchzogen. Wichtiger noch waren die Gründe, die König Friedrich von Württemberg damals im gesamtdeutschen Interesse für eine dauernde Grenzberichtigung anführte. Der Verlust seiner rein deutschen Provinzen, so ließ er 1815 die Wortführer eines Verzichtfriedens mahnen, beraube die französische Nation weder ihrer „natürlichen Grenzen“ noch ihrer Verteidigungsbollwerke, sondern entziehe ihr lediglich die vielfach mißbrauchten Angriffsbastionen. Bei der Bewertung der wiedererrungenen Länder blieb der schwäbische Mittelstaat in den alten Anschauungen von rein dynastischer Teilung stecken. Baden aber, das unfertige, langgestreckte künstliche Staatsgebilde der napoleonischen Zeit, versagte sich solchen Plänen. Jetzt wie später fühlte es sich allzu schwach, die Grenzschutz am Oberrhein zu übernehmen.

In der Tat konnte nur der sichere Schutz der deutschen Großmächte jeder Verschiebung der Macht auf dem tausendjährigen Kampffelde der germanisch-romanischen Völker dauernden Halt verbürgen. Und Osterreich, das alte deutsche Kaiserhaus, versagte offen jede Unterstützung. Preußen dagegen, dessen Staatsmänner, Heerführer und Publizisten damals zum ersten Male um die Teilnahme von Regierung und Volk Süddeutschlands warben, nahm den Ruf Württembergs anfangs freudig auf. Aber die Ungunst der übrigen Großmächte ließ die neuen Gedankenverbindungen, die das Verlangen nach Einheit Kleindeutschlands und nach Erwerbung von Elsaß und Deutsch-Lothringen bereits aufs engste zu verknüpfen schien, nicht zur Reife gelangen. Siegreich brach sich jedoch die Erkenntnis Bahn, daß an moralische, wirtschaftliche und politische Eroberungen zwischen Rhein, Vogesen und Maas nur dann zu denken sei, wenn ein einheitliches deutsches Reich in festen staatsrechtlichen Formen und Grenzen hinter den von der nationalen Sehnsucht getragenen Forderungen stehe. Offen hatten es Josef Görres und Ernst Moritz Arndt ausgesprochen, daß auch den Elsässern selbst, die das Zeitalter Napoleons aufs engste in das Leben der großen französischen Nation ein-

gefügt hatte, nicht zuzumuten sei, „einige Lappen mehr zu dem teutschen Hanswurststuche zu liefern“. Prophetisch mahnte der „Rheinische Merkur“, den beiden Trägern der deutschen Einheit, Osterreich und Preußen, den Grenzschutz in Elsaß und Lothringen zu übertragen. Vor allem den Staat der Hohenzollern wollte er so dauernd an die Interessen Süddeutschlands fesseln: „Die Festigkeit und Sicherheit Deutschlands wird sich dadurch vermehren und die innere Lebenskraft unseres Vaterlandes dadurch einen Zuwachs und einen erhöhten Schwung ihrer Tätigkeit gewinnen.“

All diese Hoffnungen vernichtete bekanntlich der zweite Pariser Frieden. Aber ungebrochen hielt sich in der Sehnsucht des deutschen Volkes die Verbindung der Gedanken an Freiheit und Einheit im Innern und nach außen. Wohl trieb der harte Druck der Reaktion zeitweise die Forderung der verfassungsmäßigen Freiheit so stark in den Vordergrund, daß die Sicherung der Westgrenze scheinbar völlig zurücktrat. In den Tagen der deutschen Revolution mußte sich das Denken des deutschen Volkes erst mühsam herausarbeiten aus dem Genius weltbürgerlicher und nationalstaatlicher Vorstellungen, mit denen es eine ungeheuer reiche Geschichte belastet hatte. Siegreich setzte sich zunächst nur der Gedanke an den kleindeutschen Bundesstaat, der sich in der Entwicklung der thüringischen Einigungsfrage spiegelte, durch. Doch unverloren blieben auch weiterhin die Pläne von einem föderativ geeinten Mitteleuropa, die der Weltkrieg siegreich wieder emporreibt. Und fest und sicher blieb trotz aller Teilnahme, die sich das demokratische Frankreich in den Jahrzehnten der Demagogenverfolgungen erworben hatte, das Verlangen nach neuer Sicherung im Westen verankert.

„Alles, was uns der Einheit näher bringt, bringt uns auch der Hoffnung auf Wiedererlangung von Elsaß und Lothringen näher“: so konnte die deutsche Publizistik bereits 1860 das Zeitalter der Reichsgründung einleiten. Als im Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland Osterreich unterlegen war, drängte die nationale Entwicklung in logischer Folge zur endgültigen Abrechnung auch mit Frankreich, zum Abschluß der „unvollendeten Freiheitskriege“. „Zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch“ wurde der Ruf nach Elsaß und Lothringen bereits Mitte August zum mächtigen Feldgeschrei der Nationen. Und gleichzeitig erneuerte sich der Kampf der Meinungen um die staatsrechtliche Zukunft der geraubten Länder. Auf's neue schieden sich die Geister in der Forderung eines Pufferstaats und einer Aufteilung an die angrenzenden Bundesstaaten, bis Bismarck den Gedanken eines Reichslandes wieder aufnahm und in ihm die Wünsche der Parteien, Stämme und Dynastien des neuen Reiches einte.

Wie im Pariser Frieden die internationale Interessengemeinschaft der übrigen Großmächte, so verzichtete jetzt die aufkeimende Internationale der deutschen sozialdemokratischen Gedankenwelt von vornherein auf alle „Eroberungs“absichten. Anklang und Beifall aber fand sie ebensowenig wie der Gedanke an einen Pufferstaat, den zahlreiche Diplomaten der alten Schule in ewiger Neutralität oder als „autonomen Bundesstaat“ zu schaffen hofften. Einleuchtender und aussichtsreicher schienen längere Zeit der Vorschlag, Oberelsaß an Baden, Unterelsaß an Bayern, Lothringen an Preußen zu geben, Württemberg dafür mit den Hohenzollernschen Landen, Hessen in der bayerischen Pfalz zu entschädigen. Die schlimmsten Tage der Rheinbundszeit schienen wiederzukehren. Und doch war diese Eigenpolitik der süddeutschen Einzelstaaten auch damals noch wohlberechtigt, solange nicht ein übergeordneter Einheitsstaat den Ausgleich der wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen seiner Glieder gewährleistete. Erst die publizistischen Erörterungen und dann die diplomatischen Verhandlungen über die Reichsgründung selbst konnten zu neuen, rein nationalen Wünschen und Forderungen über die Zukunft des Reichslandes überleiten. Den mächtigsten Anstoß dazu gab Großherzog Friedrich von Baden, als er offen erklärte, daß kein süddeutscher Staat imstande sei, die neu erworbenen Gebiete „mit seinen Machtmitteln festzuhalten oder mit Erfolg sich innerlich anzueignen“.

Beifällig nahm die gesamte liberale Publizistik Deutschlands den Hinweis auf Preußen auf, der in diesen Worten lag. Vor allem der „Schwäbische Merkur“

wiederholte tatkräftig die Gedankengänge, die uns aus dem „Rheinischen Merkur“ von 1815 geläufig sind: „Es muß nicht nur wie bisher Preußens edelste Pflicht bleiben, der Hort Deutschlands zu sein, es muß auch sein eigenstes Interesse darin finden. Übergebt also das deutsche Tor dem Torwart, der stark genug ist, es zu behaupten.“ Und mit all seinem gewaltigen Pathos mahnte Heinrich von Treitschke aus Heidelberg: „Wer diese große Zeit versteht, der darf nicht wollen, daß an die Stelle des preußisch-österreichischen Dualismus ein preußisch-bayerischer trete, daß Baden und Württemberg haltlos zwischen Preußen und Bayern einher schwanken.“ — „Wer ist stark genug,“ fragt er, „diese verlorenen Lande zu beherrschen und durch heilsame Zucht dem deutschen Leben wiederzugewinnen? Preußen, allein Preußen! Dem Deutschen Reiche aber wird es zum Heile gereichen, wenn die führende Macht in ihrem eigenen Hause süddeutsche Eigenart zu würdigen lernt, und wenn der preußische Staat alle Gegensätze des deutschen Lebens in sich einschließt und versöhnt.“

Zuerst leise, dann lauter und nachhaltiger aber werden gleichzeitig im links-liberalen Lager Stimmen laut, die Elsaß und Lothringen nicht dem „Polizeistaat“ Preußen „mit dem preußischen Herrenhause, mit Eulenburgscher Landratsverwaltung und mit anderen dergleichen schönen Dingen“ ausliefern wollen. Sie hoffen im Gegenteil, daß die neu erworbenen Länder ein „liberaler Musterstaat“ werden.“ Mit dem Rufe nach „Kaiser“, „Reich“ und „Reichstag“ klingt als ein Erbteil der deutschen Revolution immer lauter und voller die Forderung nach einem „Reichsland“ in der Erörterung wieder. Hatten doch die unitarischen Theorien von 1848 zeitweise nicht nur die „Immediatierung“ der Kleinstaaten, insbesondere Thüringens, sondern auch die Auflösung Preußens als der Hausmacht des künftigen Kaisers in Reichsprovinzen gefordert! Und in merkwürdigem Zusammenspiel kommen gleichzeitig auch die Führer der konservativen Publizistik zu gleicher Forderung. Wie die Nationalliberalen erwarten sie von den demokratischen Kräften Elsaß und Lothringens eine Lockerung des altpreußischen, konservativen Staatsgefüges und suchen daher nach anderem Ausgleich.

Dem „zentralisierten konstitutionellen Einheitsstaat“ zu entgehen, schlägt die „Kreuzzeitung“ als die einzig mögliche Lösung der schwebenden Frage „die Erklärung von Elsaß und Lothringen als freies deutsches Reichsgebiet“ vor. Die Einnahmeüberschüsse, meint sie, würden in die Bundeskasse fließen, die militärischen Besatzungen aus allen Bundesgebieten zu stellen sein. Die Oberbeamten der Zivilverwaltung würden in der ersten Zeit aus den bisherigen deutschen Staaten hervorgehen, während man später diese Stellen auch Elsaß-Lothringern zugänglich machen könnte. Überaus wichtig aber sind diese konservativen Anschauungen von der staatsrechtlichen Zukunft der neu erworbenen Gebiete deshalb, weil ihren Grundzügen Bismarck bereits im Frühjahr 1870 im Briefwechsel mit dem ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel zustimmte.

Seit Mitte August hatte sich der Bundeskanzler offen zur Notwendigkeit bekannt, Elsaß und Deutsch-Lothringen dauernd mit dem werdenden deutschen Bundesstaat zu vereinigen. Zuerst in diplomatischen Notizen nach Petersburg und London, dann der breiten europäischen Öffentlichkeit gegenüber betonte er jedoch damals und später, daß die Notwendigkeit, Frankreich seine Angriffsbastionen gegen Deutschland zu nehmen und so den europäischen Frieden zu sichern, der ausschlaggebende Grund sei. Nur als Unterstimmung ließ er sich von den nationalen Forderungen tragen, die die verlorenen Lande am Oberrhein als dauerndes Pfand der Sicherheit von Kaiser und Reich heischten. Ein Stück dieser nationalen Sehnsucht aber schien Bismarck zu verwirklichen, als er gleichzeitig in den Verhandlungen mit den deutschen Bundesstaaten Elsaß und Lothringen als „Reichsland“ in gemeinsamer Verwaltung der verbündeten Fürsten und Städte zum Grundstein der Reichsgründung machte. Wie in den publizistischen Plänen eines Görres und Arndt im Jahre 1815 überwölbte der neue Begriff des Gesamtbesitzes alle einseitigen dynastischen und partikularistischen Gedanken.

Wundervoll erfüllte sich, wie ich vor längerer Zeit schon ausführlich erörterte,\*) die Hoffnung, die deutsche Zeitungen bereits am 10. August 1870 verkündet hatten:

„Der, welcher diesen Krieg siegreich zu Ende führt und Elsaß-Lothringen wieder zu Deutschland bringt, soll deutscher Kaiser sein.“ Als Bismarck die Eifersucht der Dynastien durch diese Lockung mit der Inhabergemeinschaft von den neu erworbenen Ländern bannte, fügte er gleichzeitig all die verschiedenen Fäden, die die Ideengeschichte der deutschen Einheitsbewegung von 1815 her durchzogen, zu einheitlichem Wirken zusammen. Wer die Schöpfung des „Reichslandes“ als ein Werk der ganzen Nation, der Parteien und Stämme, wertet, wird die üblich gewordene Bezeichnung als „Verlegenheitschöpfung“ aufs schärfste ablehnen müssen.

Nur ungerne und zögernd aber, das wird heute zu leicht — zum Teil wohl gar absichtlich! — vergessen, haben Bundesrat und Reichstag im Jahre 1871 der neuen staatsrechtlichen Zwitterbildung zugestimmt. Die Erklärung, daß „die Interessen des Reiches und Preußens in Elsaß und Lothringen durchaus identisch“ seien, fand in den Beratungen der Verbündeten Regierungen keinen Widerspruch. „Die übrigen Glieder des Reiches“, so erklärte offen der Vertreter Württembergs, würden nicht glauben, beeinträchtigt zu sein und würden den mit Deutschland wieder vereinigten Gebieten nicht fernere stehen, wenn Preußen statt als Mandatar des Reiches, kraft eigenen Rechts die Souveränität über Elsaß und Lothringen übernehme“. Nur die Feststellung Bismarcks, den „Gedanken, aus Elsaß und Lothringen ein staatliches Gebilde zu schaffen, habe er nicht, und der Begriff eines Reichslandes sei mit dem eines selbständigen Staatswesens nicht kongruent“, beschwichtigte im Ausschuß des Reichstages die Bedenken derer, die in der Schöpfung des „Reichslandes“ bereits damals den „Triumph des Föderalismus“ erblickten wollten.

Auf den endlich errungenen Besitz legten die Völker gemeinhin längst nicht mehr dasselbe Gewicht wie auf das, was sie erhoffen und wünschen. So sinkt auch das „Reichsland“ seit 1870 immer tiefer in der Wertschätzung des deutschen Volkes herab. Als Bismarck 1873 den großen Umschwung in der Reichspolitik von der Seite der Nationalliberalen zum Bündnis mit Konservativen und Zentrum vollzog, wurden auch die Fäden, die bis dahin Elsaß und Lothringen doch noch in die Obhut Preußens und damit in festere und staatliche Verbindung mit dem Reiche zu führen schienen, jäh durchschnitten. Die Notwendigkeit, das neue Bündnis mit Osterreich-Ungarn nicht mit den Revancheforderungen Frankreichs zu belasten, ließ eine Versöhnungspolitik im Westen aufkeimen, die, wie ihr Widerspiel, der Rückversicherungsvertrag mit Rußland, zu immer neuen Zugeständnissen zwang. Üppig durfte sich unter ihrem Schutze die Notabelnwirtschaft im „Reichsland“ entwickeln. Und am übelsten war, daß das demokratische Ideal der „Selbstbestimmung“ und der „Autonomie“, widerlich verzerrt im elsäß-lothringischen Nationalismus, nicht nur bei den Doktrinären der Linken, sondern vor allem auch bei den förderativen und konservativen Parteien im Reich und in Preußen, auf die der Reichskanzler sich fortan stützte, gehegt und gepflegt wurde. So kam es, daß die sogenannte „Verfassungsreform“ von 1911 endlich die unitarischen Klammern, die in der Ideengeschichte der deutschen Einheitsbewegung Reich und Reichsland verbinden, bis auf wenige Reste löste. Nur drei Hauptpunkte bestehen noch: als Organ des Reiches, nicht als Landesherr, übt der Kaiser die Staatsgewalt aus. Ernennung und Entlassung des Statthalters müssen vom Reichskanzler gegengezeichnet werden. Vor allem ist das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen ein Reichsgesetz und kann nicht durch einen Akt der Landesgesetzgebung geändert werden.

Wie wenig jedoch diese äußeren Sicherungen den inneren Zusammenhang des „Reichslandes“ mit dem Reich gewährleisten, haben auch die Erfahrungen

\*) „Zur Entstehungsgeschichte des Reichslandes Elsaß-Lothringen“ (Süddeutsche Monatshefte. Mai 1911).

der letzten Jahre, vor allem auch die der Kriegszeit gezeigt. Über die Notwendigkeit einer Änderung im staatsrechtlichen Charakter des Landes ist sich daher jeder klar, der Einblick in das Getriebe der Parteien und in den unfertigen sozialen und wirtschaftlichen Zustand der Bevölkerung erhält. Und wieder wie 1815 und wie 1870 stößen und drängen sich die Pläne und Entwürfe. Vom Pufferstaat geht der Weg über die verschiedenen Fassungen der Autonomie und des Reichslandes hinüber zur Forderung der Aufteilung unter angrenzende Bundesstaaten oder der Einverleibung in Preußen. Wer die geschichtliche Entwicklung verfolgt, wird kaum im Unklaren sein, daß nur der Pfad gangbar ist, der erst seit 1879 mit Gestrüpp überwuchert wurde. „Über Preußen“, mahnt der Schwede Rudolf Kjellén, „ist ein neuer Reichsgedanke emporgewachsen, der jetzt vor seiner Reifeprüfung steht“. Wesen und Gedanken des „Reichslandes“, wie ihn Arndt und Görres 1815 verkündeten, übernimmt der preußische Staat, der im Begriffe steht, ein „neues Autoritätsband zwischen Staat und Massen“ zu schaffen, das aus dem neuen Nord- und Süddeutschland aufs engste zusammenführen wird.



## Rückgang des höheren Bildungswesens?

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt

**W**ie der Krieg unsere gesamten Lebensgebiete getroffen hat, so ist auch unser Bildungswesen von ihm nicht unberührt geblieben. Lehrer und Schüler folgten dem Ruf zu den Fahnen; die oberen Klassen leerten sich und der Unterricht zeigte Lücken, die nur behelfsweise dadurch ausgefüllt werden konnten, daß Vertreter, die dem Lehramt bis dahin fern gestanden hatten, einsprangen. In einem kurzen Kriege wäre das unbedenklich gewesen, aber durch seine Länge wurde die Unterrichtsverwaltung mit Rücksicht auf die im Publikum sich regenden Wünsche allmählich zu Maßregeln gezwungen, die zweifellos Gefahren für unser Bildungswesen in sich tragen.

Die Gesichtspunkte, die sie dabei verfolgte, waren an sich richtig: es galt, den draußen Weilenden den Dank des Vaterlandes abzustatten, ihnen, die sich in den Dienst der großen Sache gestellt hatten, nun auch nach Möglichkeit vorwärtszuhelfen oder ihnen wenigstens ihre Laufbahn nicht zu erschweren. Aber wir führen ja nicht nur draußen Krieg, sondern auch im Inneren, ja dieser zweite Kampf geht uns Daheimgebliebene fast noch näher an, und da nun hier zu dem großen Heer unserer Streiter auch die Jugend gehörte, die an die Stelle der Hinausgezogenen trat, so wurde auch sie, die unter normalen Verhältnissen ruhig ihrer Ausbildung hätte leben können, mit hineingerissen, und auch ihr gegenüber hatte der Staat eine Dankeschuld abzutragen, die sich in Erleichterungen ausdrücken mußte. Man ist wohl gar unter dem Druck des Aushungerungskrieges soweit gegangen, die Formel zu prägen: Brot ist wichtiger als Bildung, ohne zu bedenken, daß diese Antithese zu den allerbedenklichsten Folgen führen mußte. Wenn wir durch den Krieg dahin kämen, die rein materiellen Bedürfnisse im Ernst über die geistigen zu stellen, so wäre das der Bankrott deutschen Wesens. Gerade darum aber soll man seine Augen nicht vor dem augenblicklichen Zustand unseres Bildungswesens verschließen und die nötigen Folgerungen ziehen.